

Das bin ich:

Gerade noch 53 Jahre jung, zum 3. Mal verheiratet, insgesamt 4 Kinder, davon das Nesthäkchen mit 10 Jahren noch im Haushalt.

Beruflich: mehr als 15 Jahre selbständig mit 12 freiberuflichen Mitarbeitern, heute in der Hartz IV- Mühle.

Mit 30 eine Krebserkrankung überstanden.

Gründungsmitglied im Kreisverband Weiden **DIE LINKE.** (27.07.2007)

Ver.di-Mitglied und Mitglied im Vorstand der Erwerbslosen bei ver.di

(Wir helfen Hartz IV-Empfängern bei der Bürokratie der ARGEN)

Mitglied im Kulturverein VIA CAROLINA in Bärnau

Sehr geehrte Wählerinnen und Wähler, die diese Zeilen lesen, in Kürze sind SIE wieder gefragt. Jeder will Ihre Stimme, um dann die Versprechen nicht einzuhalten, die er in großen Wahlreden von sich gibt.

Als Arbeitersohn, der vor seinem Beitritt zur Partei **DIE LINKE.** politisch nicht aktiv war, kann ich nur sagen:

Ich bin angetreten, um nicht mehr diese Wahllügen hinzunehmen!

Die Themen, die mich berühren und für die ich mich einsetze sind:

Kinderarmut, Altersarmut, Behinderte und deren Belange, sowie Rechtsextremismus und diese verfluchten Kriegstreiberien, denen es den Garaus zu machen gilt.

„Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin.“

Ich bin in die 68-er Bewegung hineingewachsen, da wurde für Freiheiten gekämpft, die man uns heute wieder systematisch nehmen will. Sei es die Bevormundung mit dem Rauchverbot, sei es das neue Versammlungsgesetz, das sind diese „Freiheitsberaubungen“ die unsere derzeitigen Regierungen an uns begehen.

Das Hartz IV-Gesetz wurde von einem kriminellen Straftäter verbrochen, die derzeitigen „Regierenden“ lösen es nicht auf und machen sich somit zu Mittätern.

Wir werden immer älter und es ist kein Geld mehr in den Rentenkassen. Altersarmut ist ein Schlagwort geworden, dass uns genauso zu denken geben muss, wie Kinderarmut.

Die wenigen Jungen, die wir noch haben, sollen in Kriege ziehen, die irgendwelche „Größenwahnsinnige“ inszenieren, um ihre Machtpositionen auszubauen.

Wir werden ausgeblutet von Finanzhaien aller Nationen und wir sind so blöd und lassen uns alles abnehmen.

Im Bereich Behindertenpolitik stößt man überall auf taube Ohren, wie ich es hier derzeit in Bärnau erlebe, wo ich mich für ein barrierefreies Rathaus engagiere.

Genauso wird das Thema Rechtsextremismus in allen Bereichen verharmlost, obwohl täglich mindestens 2 Straftaten der Rechten erfasst werden.

Sie sehen, es gibt viel zu tun. Dazu brauchen wir Ihre Stimme.

Meine Devise: Keine Versprechen, aber sein Bestes geben, damit der Wähler sieht, da tut sich was.

**GEHEN SIE WÄHLEN, WÄHLEN SIE
DIE LINKE.**

Ihr
Edmund Wolf

Kontakt

DIE LINKE. im KV Weiden - NEW - TIR

Marktplatz 10;

95671 Bärnau

Telefon: 09635/924242

Telefax: 09635/924 99 09

E-Mail: edmund-wolf@freenet.de

Wenn Sie uns Ihren Namen und Ihre Adresse mitteilen, schicken wir Ihnen gerne weitere Informationen zu.

Name

Vorname

Straße

PLZ, Wohnort

Telefon

Die Partei DIE LINKE ist angetreten, der bestehenden Politik der sozialen Grausamkeiten Widerstand auf allen politischen Ebenen entgegenzusetzen. Kämpfen Sie gemeinsam mit uns für ein soziales, lebenswertes Bayern!

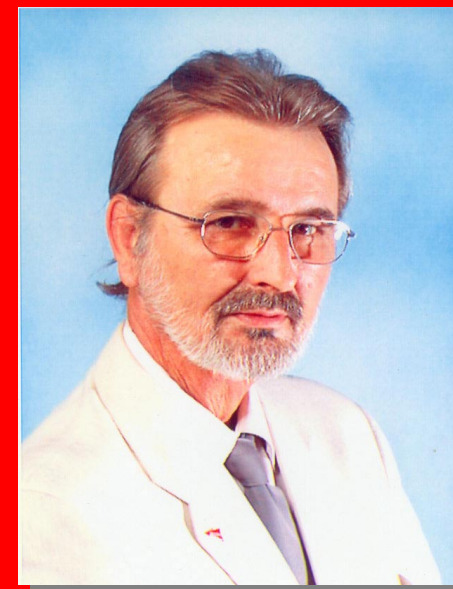


www.die-linke-bayern.de

www.newfuture2007.de

....und Sie wissen mehr!

 meindruckportal.de
...einfach.günstig.drucken!



DIE LINKE.

BEIDE STIMMEN

Edmund Wolf

**Ihr Direktkandidat für den
Stimmbezirk 308 Tirschenreuth
in den Bzirkstag**

LISTENPLATZ 5



Am 28. September 2008:
Beide Stimmen für DIE LINKE.

LINKE Positionen zur Bezirkstagswahl

Schlechte Arbeitsbedingungen, Hungerlöhne, mangelnde Bildung und steigende Armut hängen unmittelbar zusammen mit der Zunahme von Mangelernährung, körperlichen Behinderungen, verkürzter Lebenserwartung sowie psychischen Erkrankungen und steigender Selbstmordrate.

Durch Hartz IV und die massiven Einschnitte im Gesundheitswesen kommt den Bezirken als dritter kommunaler Ebene eine immer höhere Bedeutung zu. Der Bezirkstag ist bekannt als „Sozialparlament“, das in wesentlichen Bereichen der Grundvorsorge für die Bürger/innen tätig wird.

Vieles was auf Bundesebene an sogenannten Reformen beschlossen wird, hat unmittelbare Auswirkungen auf die Länder und Kommunen. Für die Partei Die LINKE sind Menschenwürde, Selbstbestimmung und Solidarität wesentliche Inhalte unserer Politik. Die LINKE tritt im Bundestag u.a. für die Abschaffung von Hartz IV, die Einführung von Mindestlöhnen, gegen Privatisierung und Steuergeschenke an Reiche ein.

Denn eine Politik der unsozialen Umverteilung von unten nach oben trifft auch die Länder und Kommunen, denen das nötige Geld fehlt, um ihren Bürgern ein Leben in Würde und Selbstbestimmung zu ermöglichen.

Der Bezirkstag ist ein wichtiges Gremium zur Förderung der Jugendarbeit, der Gesundheitsvorsorge und des sozialen Wohnungsbaus. Als überörtlicher Träger der Sozialhilfe ist der Bezirk im Besonderen für die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen und die Hilfe zur Pflege für Senior/innen zuständig.

Grundsicherung

Aufgrund zunehmender Armut sind immer mehr Menschen auf Grundsicherung angewiesen. Sie bekommen nicht genug Geld, um ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Die Grundsicherung wird vom Bezirk übernommen und betrifft Personen, die die Altersgrenze erreicht haben oder wegen Erwerbsminderung auf Dauer aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind.

Ebenso betrifft dies behinderte Menschen, die erwerbsgemindert sind und ihren Lebensunterhalt nicht mit eigenem Einkommen und Vermögen sicherstellen können.

Die Grundsicherung sollte dazu dienen, wenigstens das soziokulturelle Existenzminimum zu erhalten.

Dass dies kaum möglich sein wird, zeigt eine aktuelle Studie des VdK, nach der allein in Bayern fast 400.000 RentnerInnen von Armut bedroht sind, das heißt, sie müssen mit weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens auskommen (weniger als 856 Euro).

Zum Ende des Jahres 2003 bezogen rund 439.000 Personen Leistungen der Grundsicherung, zum Ende des Jahres 2006 waren es bereits rund 682.000 Personen! Dies entspricht einer Zunahme von 55,4 % (Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 413 vom 12. Oktober 2007).

Dies zeigt klar, welche Folgen die unsoziale Politik der Bundesregierung hat.

Deshalb fordert die LINKE:

Eine Erhöhung der Grundsicherung auf einen Betrag, von dem die Betroffenen an ihren Wohnorten angemessen leben können

Die Einführung eines Weihnachtsgeldes

Behindertenpolitik

Behinderte Menschen sind Teil unserer Gesellschaft. Der Ausgleich von Erschwernissen auf Grund von Behinderungen bei der Teilhabe am täglichen Leben ist eine öffentliche Aufgabe und keine Privatsache. Wir wollen eine Ausweitung der Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen an den gesellschaftlichen Belangen. Wir unterstützen die Forderung der Sozialverbände und Selbsthilfegruppen nach mehr Selbstbestimmung, Eigenverantwortlichkeit und stärkerer Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der Betroffenen.

Als überörtlicher Sozialhilfeträger sind die Bezirke zuständig für die ambulante und stationäre Eingliederungshilfe für Menschen mit einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung sowie für die Hilfe zur Pflege und Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten.

Angesichts einer steigenden Zahl behinderter Menschen hat die Eingliederungshilfe in den vergangenen Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Insbesondere der Anstieg der Zahl der älteren Menschen mit Behinderungen - mehr als die Hälfte der behinderten Menschen in Oberbayern sind älter als 65 Jahre – ist alarmierend. Denn schlechte Arbeitsbedingungen, Rente mit 67 und die drastischen Einschnitte im Gesundheitswesen sorgen dafür, dass immer weniger Menschen ihren Lebensabend bei guter Gesundheit und ohne finanzielle Not genießen können. Nach einer Studie des DGB rechnen die meisten Menschen in prekären

Arbeitsverhältnissen nicht damit, gesund bis zur Rente zu kommen. Diese Zustände sind ein Skandal!

Die Angebote der Eingliederungshilfe sind nicht ausreichend. Die Hilfen und Angebote für behinderte Senior/innen sind auszubauen, um die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu fördern und aufrecht zu erhalten.

Die wohnortnahe interdisziplinäre Frühförderung für Behinderte und von einer Behinderung bedrohte Kinder ist auszubauen und die Refinanzierung tariflicher Arbeitsbedingungen durch den Bezirk ist herzustellen. Die Schaffung integrativer Kindergärtenplätze ist zu fördern.

Wir wollen eine „Schule für alle“. Die Einschulung behinderter Kinder in der Regelschule muss selbstverständlich werden. Hierzu sind die notwendigen personellen und baulichen Voraussetzungen zu schaffen.

Weiter notwendige Förderschulen dürfen nicht aus wirtschaftlichen Gründen dazu führen, dass behinderte Kinder von der Regelschule ausgeschlossen sind.

Die Hochschulhilfen für behinderte Menschen sind zu verbessern. Es ist sicher zu stellen, dass gehörgeschädigte Studentinnen und Studenten durch Gebärdensprachdolmetscher unterstützt werden und diese in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Wir fordern als behinderungsbedingten Nachteilsausgleich eine Befreiung von sämtlichen Gebühren, die im Rahmen eines Studiums entstehen. Studiengebühren lehnen wir generell ab.

Deshalb fordert die LINKE:

den Abbau von Barrieren, die Menschen an der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben behindern

mehr Prävention im Alltag und Arbeitsleben, um Gesundheitsschäden und damit einhergehenden Beeinträchtigungen vorzubeugen

eine flächendeckende und gemeindenahere Versorgung mit Angeboten des betreuten Wohnens für Menschen mit körperlicher oder geistiger Behinderung

Eine Erhöhung des persönlichen Budgets behinderter Menschen, um u.a. tariflich bezahlte Dienstleistungen zu ermöglichen

eine Personalausstattung in Wohn- und Pflegeheimen, die eine nicht entmündigende assistierende Unterstützung und Pflege ermöglicht

ein Ende des Wettbewerbs der Bezirke untereinander um das billigste Angebot auf Kosten des Personals und der Qualität.